

BERNARD SCHMID

# Rechtsextreme proben wieder Eintritt ins Europäische Parlament – mit veränderter Taktik

*Neue Runde, neuer Einsatz, neue Chance: Dieses Motto scheint sich Europas extreme Rechte im Vorfeld der nächsten Europaparlamentswahl zu eigen zu machen. Und so probt man schon einmal grenzübergreifend den Einzug in das Straßburger Parlament, wo man eine Kooperation in neuer Form anstrebt. Am Wochenende des 31. Januar und 1. Februar 2009 fand dazu eine Tagung in Wien statt.*

## Rechtsextreme Fraktion im Europaparlament 2007 geplatzt

Die Wahl findet europaweit am 7. Juni dieses Jahres statt. In der jetzt auslaufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) hatte kurzzeitig, während mehrerer Monate des Jahres 2007, eine gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien unter dem *Namen Identität/Tradition/Souveränität* (ITS) existiert. Letztere hatten dadurch zusammen die Fraktionsstärke – für die mindestens 20 Abgeordnete, die aus mehreren Mitgliedsstaaten kommen müssen, erforderlich sind – erreichen können, dass mit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007 starke rechtsextreme Parteien einzogen. Damals jedenfalls waren diese Kräfte relativ stark. Aber die *Großrumänienpartei* (PRM) von Corneliu Vadem Tudor hat zwischenzeitlich starke Einbrüche erlebt: Bei einer Nachwahl zum EP in Rumänien im November 2007 erzielte die Partei nur noch 3,5 Prozent, und bei der rumänischen Parlamentswahl im Dezember 2008 scheiterte sie mit rund vier Prozent der Stimmen an der in Bukarest geltenden Fünf-Prozent-Hürde. Beachtlich bleibt hingegen die bulgarische *Ataka-Partei*. Doch inzwischen hat sich die gemeinsame Fraktion in Strasbourg zerlegt: Der Grund waren im Herbst 2007 heftige Querelen zwischen der italienischen Rechtsextremistin und »Duce-Enkelin« Alessandra Mussolini, die grob und pauschal über rumänische Einwanderer in ihrem Land hergezogen war, und über die Abgeordneten der PRM. Hätte die italienische Rechtsradikale allein gegen aus Südosteuropa stammende Roma gehetzt, es wäre ihren rumänischen Kameraden

ja recht gewesen. Allein, sie hatte es übertrieben – und auch gleich den Abzug, ja Hinauswurf, des rumänischen Botschafters aus Italien gefordert.

## Tagung der europäischen Rechtsextremen in Wien

Nun versuchen es die Rechtsextremen aus mehreren europäischen Ländern also erneut. Wieder will man zusammen eine Präsenz im Europaparlament anstreben und versuchen, dort Einfluss auszuüben. Geworben wird für ein »Europa der Nationen und Völker«, gegen eine supranationale Integration und den Lissabon-Vertrag. An der gemeinsamen Tagung in Wien nahmen neben Vertretern der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) als Gastgeberin (Parteivorsitzender Heinz-Christian Strache und ihr einziger EP-Abgeordneter Andreas Mölzer) u.a. Bruno Gollnisch vom französischen *Front National* teil – also der frühere Chef der rechtsextremen Fraktion im EP, derzeit Vizepräsident des französischen FN und für »internationale Angelegenheiten« zuständig. Auch die amtierenden Europarlamentarier Philip Claeys vom belgisch-flämischen *Vlaams Belang* und Mogens Camre von der rassistischen *Dänischen Volkspartei* (DFP) waren anwesend. Neben diesen größeren Formationen wurde auch die Präsenz von Vertretern der deutschen rechtspopulistischen Regionalpartei *Pro Köln* respektive *Pro NRW* – Markus Beisicht, Judith Wolter und Markus Wiener – vermeldet. Außer ihnen nahmen ferner die bulgarische *Ataka-Partei* und, durch diverse Pressemeldungen

zunächst nicht näher bezeichnete politische Kräfte »aus Italien, der Schweiz, Serbien und Russland« an dem Treffen teil. Ein Pressecommuniqué der gastgebenden FPÖ präzisierte später: »Tomislav Nikolic bedachte aufgrund kurzfristiger Termine die Veranstaltung mit seinen Grußworten, Mag. Batinac vom Büro des Ministerpräsidenten der Republik Srpska war ebenso zugegen, wie der Russe Maxim Sechschenvko, Berater von Wladimir Putin.«

Zum Abschluss der Zusammenkunft besuchten die Beteiligten den, in Österreich aufgrund rechtsextremer Tendenzen und teils offener Nazisympathien umstrittenen, »WKR-Ball der studentischen Verbindungen« in der Wiener Hofburg.

## Neue Strategie

Geändert hat sich offenkundig die Taktik, mit der die vereinigten Rechtsextremen in den kommenden Europawahlkampf ziehen möchten. Als strategisches Ziel wird nicht länger die Bildung einer eigenen gemeinsamen Fraktion angestrebt, sondern die Aufnahme in die bereits bestehende, größere Parlamentariergruppe »Union für ein Europa der Nationen«. In dieser sind derzeit 44 von insgesamt 785 Abgeordneten des EP Mitglied. Ihr gehören bislang solche Parteien an, die zwar weit rechts stehen, aber anders als etwa zumindest Teile des französischen *Front National* oder der österreichischen FPÖ nicht in einer pro-faschistischen oder Pro-Nazi-Tradition angesiedelt sind. Zu den ihr angeschlossenen Parteien zählen etwa die beiden Mitgliedsformationen der italienischen Regierungskoalition, *Alleanza Nazionale* – die mit ihrer offen faschistischen Herkunft offiziell gebrochen hat – und die *Lega Nord*. Aus Polen gehören sowohl die populistische Bauernpartei *Samoobrona* als auch die antisemitische Liga der polnischen Familien zu der Fraktion. In ihr sitzen ferner mehrere Parteien aus den drei Ländern des Baltikums und die konservative Großpartei *Fianna Fail* aus Irland.

Der Europa-Abgeordnete der dänischen *Dansk Folkeparti* (DFP), Morgens Camre, hat den in Wien Versammelten seine Hilfe bei der Aufnahme in die Fraktion »Union für ein Europa der Nationen« zugesichert. Ihr gehört auch seine Partei an, die in Dänemark ab 2001 mehrere Jahre lang die konservativ-liberale Regierung als parlamentarische Mehrheitsbeschafferin stützte – im »Tausch« gegen eine drastische Verschärfung der Einwanderungs- und Asylgesetze.

## Schlechte Aussichten für das Bündnis Zukunft Österreich

Schlechte Aussichten gibt es allerdings für die frühere Partei Jörg Haiders, das *Bündnis Zukunft Österreich*

(BZÖ), das sich im Jahr 2005 von der – aktuell stärker extremistisch orientierten – FPÖ abgespalten hatte: Noch im Mai 2007 hatte das BZÖ, nach einem Zusammentreffen zwischen seinem Klubobmann (Fraktionschef) Peter Westenthaler und dem Fraktionsvorsitzenden der *Lega Nord* im italienischen Parlament – Roberto Maroni – in Rom angekündigt, zukünftig gemeinsam mit der Lega in deren Fraktion im EP sitzen zu wollen. Das aber nur für den Fall, dass das BZÖ in der nächsten Legislaturperiode auf den Parlamentsbänken in Strasbourg Platz nehmen kann, wo es im Augenblick nicht vertreten ist.

Noch allerdings kann das BZÖ, das fast nur noch in Kärnten wirklich stark ist, nicht sicher sein, überhaupt in das kommende Europäische Parlament einzuziehen. Die Landtagswahl in Kärnten am 1. März 2009 wird belegen, ob die Partei nach dem Ableben Jörg Haiders sich im Niedergang befindet oder ihre Anhänger noch mobilisieren kann. Und falls ihm dies gelingt – immerhin erhielt es über 10 Prozent der Stimmen bei der letzten österreichischen Nationalratswahl im September 2008 –, so hat ihm die Konkurrenz von der »radikaleren«, aber stärkeren FPÖ jetzt ein Schnippchen geschlagen. Denn wer zuerst kommt, malt mutmaßlich zuerst...

Das österreichische Beispiel belegt zugleich auch, dass die europäische extreme Rechte – bei aller Kooperation zwischen ihren Kräften über die Landesgrenzen hinweg – zugleich Schwierigkeiten ausgesetzt sein kann, weil die jeweiligen nationalen Parteien Auf- und Abschwünge oder Spaltungen durchlaufen können. Dies setzt die übrigen Parteien einigen »Hins und Hers« aus, wenn sie sich zwischen Partnern oder innerparteilichen Flügeln mit unterschiedlichem, ja gegensätzlich zueinander stehendem ideologischem Profil entscheiden müssen. Auch wenn die Programmatik der rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräfte sich in aller Regel auf den ersten Blick sehr stark ähnelt, so liegen doch beträchtliche Unterschiede im »Kleingedruckten«, der beim »offiziellen« Diskurs mitschwingt. Und das Entscheidende liegt eben bei diesen Parteien oder »Bewegungen« sehr oft im »Kleingedruckten«, da offen rassistische, antisemitische oder verschwörungstheoretische Inhalte aus unterschiedlichen – darunter strafrechtlichen – Gründen selten explizit in einem Parteiprogramm Platz finden.

## Auseinandersetzungen im Front National

Das beste Beispiel für Auseinandersetzungen um ideologische Orientierungen im Rahmen ein- und derselben Partei, die aber in jüngster Zeit auch mehrere Abspaltungen erfahren musste, liefert im Augenblick der französische *Front National*. Die im Oktober 1972 gegründete rechtsextreme Partei konnte unter ihren westeuropäischen Gesinnungskameraden am frühesten Er-

folge feiern – ihr wahlpolitischer Durchbruch erfolgte zwischen September 1983 und Juni 1984. Das war wesentlich früher als der scharfe Rechtsschwenk der österreichischen FPÖ mit der Wahl Jörg Haiders im Herbst 1986 zum »Parteiobmann« und als die Welle von Wahlerfolgen der westdeutschen *Republikaner* von Januar bis Juni 1989. Aber heute ist der *Front National* (FN) gleichzeitig »das« Sorgenkind für die parteiförmig organisierte extreme Rechte in Europa.

Der *Front National* ist einer doppelten Problematik ausgesetzt: erstens der ungelösten Frage der Nachfolge ihres seit dem Gründungsjahr 1972 ohne Unterbrechung amtierenden »Präsidenten« Jean-Marie Le Pen. Und zweitens der Schwierigkeit, gegenüber einer selbst nach weit rechts ausgreifenden Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy ein eigenständiges Profil zu behaupten. Soll man sich demgegenüber als ultrakonservative Partei derer, denen Sarkozy noch nicht genug für das Eigentum und die »traditionellen Werte« tut, sondern zu viel Welt-offenheit und »Opportunismus gegenüber den Gewerkschaften« besitzt, profilieren? Oder soll man sich lieber als »Partei des sozialen Protests« von einem regierenden konservativen Block, an dem sich kaum noch auf der Überholspur rechts vorbeikommen lässt, weitestgehend absetzen? Das aber würde die Gefahr bedeuten, über keinerlei strategische Bündnisoption im konservativen Lager zu verfügen und, isoliert, seine »Unfähigkeit zur Machtteilhabe« unter Beweis zu stellen?

In jüngster Zeit durchläuft der französische FN einen regelrechten Erosionsprozess. Dadurch droht allerdings die ideologische »Synthese«, die bislang die französische rechtsextreme Partei auszeichnete, in Frage gestellt zu werden. Denn der *Front National* verfügte nie über eine einheitliche Ideologie, sondern stellte stets ein Konglomerat aus heterogenen Strömungen – die aus unterschiedlichen historischen »Erfahrungen« entstanden waren – dar. So gehörten katholische Fundamentalisten oder Monarchisten – deren Strömung sich historisch aus der Ablehnung der bürgerlichen Revolution von 1789 und einer reaktionären Opposition zum Liberalismus speist – dem FN lange Zeit ebenso an wie »Nationalrevolutionäre«, die sich selbst als »antikapitalistische Systemgegner« aufspielen. Dem ultrarechten Katholizismus stand als ideologisches Gegenstück das rassistische Neuheidentum, das innerhalb der Partei ebenfalls seine Anhänger hatte, gegenüber. Dazwischen fanden oder finden sich Elemente, die sich positiv auf den Bonapartismus beziehen, auf die französischen Kolonialkriege oder gar (was freilich nur eine relativ kleine Minderheit anspricht) auf Nazideutschland als »Modell«. Nunmehr droht diese Mischung aber »entmischt«, das einigende Band droht infolge der Krise der Partei und ihrer abnehmenden Integrationskraft »aufgetrennt« zu werden.

## Herausforderung für die Linken

Es ist bemerkenswert, dass gerade in der aktuellen Phase, zu Beginn einer starken Wirtschafts- und Finanzkrise, die verheerende soziale Auswirkungen hervorzurufen droht, eine der wichtigsten rechtsextremen Parteien in Europa sehr geschwächt ist. Noch vor einem guten Jahrzehnt gab der französische *Front National* sich den Anschein, als sei sein Vormarsch unaufhaltsam und sein Griff nach der Macht(beteiligung) nur eine Frage der Zeit. Andere rechtsextreme Kräfte blickten neidvoll zu ihm auf. Diese Zeit scheint nun definitiv vorüber: Der FN, einstmals eine der mit Abstand stärksten Parteien der europäischen extremen Rechten, ist zur Zeit eher ihr »Sorgenkind«. Dies zeigt, dass keine Fatalität existiert, sondern der Aufstieg extrem rechter »Bewegungen« auch unterbrochen werden kann.

Umgekehrt belegt jedoch das österreichische Beispiel, dass der Aufschub, den der zeitweilige Niedergang rechtsextremer Parteien uns Demokraten und Sozialisten verschafft, nur ein vorübergehender ist – sofern die grundsätzlichen Ursache für den Aufstieg solcher Kräfte nicht wirksam bekämpft und abgestellt worden sind. Auch die österreichische FPÖ durchlief eine starke Krise in den Jahren ab 2002/03, da sie es nicht schaffte, auf Dauer mit ihrer Regierungsbeteiligung erfolgreich umzugehen: Sie vermochte es nicht, die entstehende Kluft zwischen den Erwartungen ihrer oft kleinbürgerlichen Wählerschaft (die eine verschärfte »Ausländerpolitik«, aber auch soziale Verbesserungen erwarteten) und ihrer »Realpolitik« in der Regierung zu überbrücken. Bei den letzten Europaparlamentswahlen im Juni 2004 fiel die FPÖ auf nur noch 6 Prozent der Stimmen – von einstmals 27 Prozent auf Bundesebene –, und im darauf folgenden Jahr spaltete die Partei sich. Aber das Terrain, auf dem ihre Wahlerfolge zuvor gediehen waren, blieb auch danach noch fruchtbar. Der Rassismus wurde nicht stark zurückgedrängt, sondern weiterhin auch durch andere Großparteien für ihre wahlpolitischen Zwecke genutzt. Die sozialen Ursachen des, auch rechten, »Protests« wurden nicht abgestellt. Und linke Alternativen, die als glaubwürdig erschienen wären, vermochten sich kaum oder nicht abzuzeichnen. Bei den letzten österreichischen Parlamentswahlen Ende September 2008 stand die extreme Rechte mit über 28 Prozent der Stimmen (für FPÖ und BZÖ zusammen) besser denn je da.

Wir werden uns also nicht erhoffen dürfen, dass »das Problem von allein verschwindet«. Auch wenn die extreme Rechte sich oftmals selbst ein Bein stellt – wie im deutschen Falle, wo sie in mehrere Parteien aufgespalten ist: NPD, DVU, Republikaner und andere – oder sich organisatorisch als unfähig erweist, so mindert das die von ihr ausgehende Gefahr auf Dauer nicht. Wichtig ist, zugleich die Ideen anzugreifen und zurückzudrängen, auf denen ihre Stärke und Anziehungskraft beruht – und

soziale und politische Alternativen aufzuzeigen, die auf Solidarität und dem Streben nach gleichen Rechten für Alle beruhen. In diesem Sinne hat die Linke – mit und ohne Großbuchstaben – eine doppelte Aufgabe. Im Wahlkampf, im Alltagsleben und beim sozialen Protest muss sie dieser Herausforderung gewachsen sein. Erweist sie sich dazu in der Lage, so wird sie der extremen Rechten nicht den Boden überlassen.

*Der Autor Bernard Schmid lebt und arbeitet in Paris, ist Jurist, freier Journalist und Buchautor. Der Krieg und die Kritiker, 2006, Unrast-Verlag; Das Frankreich der Reaktion, 2007, Pahl Rugenstein Verlag.*

### **Literatur zum Thema:**

Peter Bathke / Susanne Spindler (Hrsg): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 29, Karl Dietz Verlag Berlin, 2006

Joachim Bischoff / Klaus Dörre / Elisabeth Gautier u.a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. VSA-Verlag Hamburg, 2004.

### **In der Reihe Standpunkte sind 2009 bisher erschienen:**

#### *Standpunkte 2/2009*

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT  
Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor  
– zwischen Markt und Staat  
Ein Beitrag zur Überwindung von Hartz IV.

#### *Standpunkte 1/2009*

THOMAS LOHMEIER  
Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenführung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung.

#### *Standpunkte International 6/2009*

ANGELIKA TIMM  
Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven.

#### *Standpunkte International 5/2009*

KATHRIN BUHL  
Gemischte Bilanz des Weltsozialforums.

#### *Standpunkte International 4/2009*

GEROLD SCHMIDT  
El Salvador: FMLN nach langem Marsch endlich an die Macht?

#### *Standpunkte International 3/2009*

ANGELIKA TIMM  
Wo ist die israelische Linke? Eine inner-israelische Momentaufnahme.

#### *Standpunkte International 2/2009*

PETER SCHÄFER  
Blutige Nachrichten aus Gaza. Zunehmende Forderungen nach Verhandlungen mit Hamas und internationaler Untersuchung von Kriegsverbrechen.

#### *Standpunkte International 1/2009*

PETER SCHÄFER  
Gaza: Waffenstillstand reicht nicht.

**Alle Beiträge der Reihe sind zu finden unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=10105>**